

## **Schneeberg und deutsche Flüchtlingspolitik**

Die Zustände in der Erstaufnahmeeinrichtung Schneeberg - und nicht nur dort - sind der Asylpolitik der Bundesregierung und der mangelhaften Umsetzung bestehenden Rechts in den Bundesländern anzulasten.

Offensichtliche Folge ist auch ein schon lange nicht mehr nur auf Einzelfälle beschränkter Missbrauch des deutschen Asylrechts. Ein tausendfacher Missbrauch, wie die veröffentlichten Zahlen über abgelehnte, damit ausreisepflichtige und doch im Land verbleibende Asylbewerber zeigen. Mit der Nichtanwendung geltenden Rechts behindern die politisch Verantwortlichen die Entstehung einer wirklichen Willkommenskultur für die tatsächlichen Opfer von Verfolgung, Krieg und Gewalt.

Es besteht sofortiger Handlungsbedarf. Einhergehend u.a. mit der Beschleunigung von Asylverfahren ist die Liste der sicheren Herkunftsländer umgehend zu erweitern und sind Abschiebungen zeitnah durchzuführen. Von seinen Nachbarn muss Deutschland zur Verhinderung illegaler Einreise die strikte Umsetzung des Dubliner Abkommens einfordern. Die von Deutschland gesetzten Anreize in Form zeitlich unbegrenzter finanzieller Leistungen bewegen Wirtschaftsflüchtlinge zu lebensgefährlichen Bootspassagen über das Mittelmeer. Ein geringerer Anreiz senkt die Fluchtmotivation. Das heißt, auch weniger Tote.

Abgesehen davon, dass Deutschland nicht alle aufnehmen kann, die aus verständlichen Gründen gern zu uns wollen – die wirklich notleidenden Menschen sind nicht mehr die in Deutschland Angekommenen, sondern die Menschen, die in ihrer Heimat geblieben sind und dort oder auch in Flüchtlingslagern unter äußerst schwierigen Umständen leben und überleben müssen. Diese Menschen benötigen unsere Hilfe. Wesentlich dringender, als die tausenden jungen Männer im besten wehrfähigen Alter, die deutsche Flüchtlingsseinrichtungen bevölkern.

Johannes Wolf

(Kreisvorsitzender AfD)